

# Neujahrsinterview Erbprinz

Liechtensteiner Vaterland | Dienstag, 30. Dezember 2025

## Gary Kaufmann

Seit 2014 hat das «Vaterland» kein Neujahrsinterview mehr mit Erbprinz Alois geführt – er stellte sich jeweils im Vorfeld des Staatsfeiertages den Fragen des Chefredaktors. Es hängt mit dem Wandel in der Medienlandschaft zusammen, dass es heuer wieder zwei Besuche auf Schloss Vaduz gab: Nach dem Aus von Radio L füllt die «Vaterland»-Redaktion, aufgrund des Interesses der Bevölkerung, die Lücke beim traditionellen Neujahrsinterview. Erbprinz Alois blickt darin auf das vergangene Jahr zurück und nimmt Positionen zu verschiedenen politischen Themen ein, die das Land auch 2026 noch beschäftigen werden. Besprochen wurden unter anderem die geopolitischen Unsicherheiten, die Medienlandschaft, die neue Zusammensetzung des Landtags, das Handelsabkommen mit den USA sowie die wirtschaftliche Lage – sowohl der Unternehmen als auch des Staates. Nachfolgend werden die zentralen Aussagen des Staatsoberhaupts aus dem Videointerview zusammengefasst.

## Opposition im Landtag ist «stärker» geworden

Am 9. Februar haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Landtag neu gewählt. Mit sechs Abgeordneten haben die DpL deutlich an Sitzen zugelegt, womit sich die Ausgangslage verändert hat. Erbprinz Alois begrüßt es, dass die Meinung der Bevölkerung breit abgebildet und die Regierungsarbeit kritisch überprüft wird. «Es ist natürlich eine stärkere Opposition als in der Vergangenheit. Das ist wichtig, um die Suche nach Lösungen mit möglichst vielen Facetten zu bereichern», wie Seine Durchlaucht betont. Wichtig aus demokratiepolitischer Sicht sei, dass es sich dabei um konstruktive Kritik handelt und das Wohl des Kleinstaates im Vordergrund steht. Angesprochen auf den DpL-Abgeordneten Achim Vogt, der sich im Europarat der Fraktion der rechtsextremen Parteien (ECPA) angeschlossen hat, führt er aus: «Ich finde es gut, wenn Diskussionen durch verschiedene Ansichten bereichert werden. Wichtig ist, wie diese Meinungen vorgetragen werden, und dass man sich bewusst ist, wie das eine oder andere im Ausland vielleicht aufgenommen wird.»

## «Nebengeräusche» innerhalb der Koalition

Nicht nur der Landtag, sondern auch die Regierung wurde nach den Wahlen neu besetzt. Im ersten Jahr der Legislatur ist jeweils Geduld gefragt. «Es war ein verkürztes Jahr. Aus meiner Sicht hat sich die neue Regierung gut eingearbeitet», meint der Erbprinz. Ihm zufolge wurden 2025 vor allem Vorstösse angetrieben, die schon länger in Vorbereitung waren, wie zum Beispiel das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Eigene Ideen der neuen Amtsinhaber erwartet sich das Staatsoberhaupt dann eher nächstes Jahr, nachdem diese sich in ihre Ministerien und Themenfelder eingearbeitet haben.



Liechtenstein müsse sich im Ausland als «verlässlicher Partner» präsentieren, betont Erbprinz Alois.

Bilder: Nils Vollmar

In den ersten Wochen und Monaten der neuen Legislatur präsentierte sich die Beziehung zwischen den beiden Koalitionsparteien VU und FBP bereits angespannt. Die politischen Debatten sind von einer rauen Sprache geprägt, und die FBP reicht, als Minderheitspartei in der Regierung, zahlreiche politische Vorstöße ein. «Es ist immer eine Herausforderung, die richtige Balance zu finden. Es gilt, den richtigen Ton zu finden, und die eigene Regierungsarbeit nicht unnötig mit Postulaten und anderen Mitteln zu belasten», so Erbprinz Alois. «Man sollte nicht nur Positionierung für den nächsten Wahlkampf betreiben, sondern es muss um das Ringen nach den besten Lösungen gehen.» Seine Durchlaucht hat allerdings nicht das Gefühl, dass sich die «Nebengeräusche» bisher negativ auf die Regierungsarbeit auswirken.

## Pukelsheim: «Im letzten Moment» noch reagiert

Es war ein Thema, das in der letzten Landtagssitzung des Jahres Fragen aufgeworfen hat. Wenige Stunden vor der Debatte zog die Junge FBP ihre Volksinitiative für ein neues Wahlsystem (Verfahren «doppelter Pukelsheim») zurück. Erst im Nachgang stellte sich heraus, dass das Innenministerium die Initianten auf verfassungsrechtliche Bedenken hingewiesen hatte. So wurde für die Berechnung der Sperrklausel eine andere Grundlage verwendet, als die Verfassung vorgibt. Das Bedenkliche bei diesem Vorfall: Zwei Jahre lang ist das niemanden aufgefallen. Die Regierung hat sogar zweimal bestätigt, dass die Vorlage verfassungs-

konform ist. «Es ist wünschenswert, dass man früher auf dieses Problem stößt. Meines Wissens ist man erst im letzten Moment darauf gestossen», sagt der Erbprinz. Gleichzeitig betont er, dass man zwar spät, aber immerhin noch rechtzeitig reagiert hat. Es wäre noch «unglücklicher» gewesen, wenn der Staatsgerichtshof nach der Abstimmung das neue Wahlsystem dann aufgehoben hätte.

Die Junge FBP kündigte an, den Vorstoss im neuen Jahr nach einer Überarbeitung noch einmal einzureichen. Erbprinz Alois nimmt zum Vorstoss eine neutrale Position ein. Einerseits hält er fest: «Je genauer der Volkswillen bei der Sitzverteilung im Landtag abgebildet werden kann, desto besser.» Andererseits begegnet das Staatsoberhaupt jeglicher Änderung des Wahlsystems «vorsichtig», weil dadurch die Stabilität und Kontinuität des Landes riskiert wird. Der Initiative der Jungen FBP wird er sich grundsätzlich nicht verwehren, sofern das Volk dieser zustimmt. «Wenn man die richtige Lösung findet, bin ich auf jeden Fall offen dafür», betont der Erbprinz.

## Sorge um die Medienlandschaft

Nachdem «Volksblatt» (März 2023) und «Radio Liechtenstein» (April 2025) den Betrieb eingestellt haben, gibt es mit dieser Zeitung nur noch ein tagesaktuelles Medium im Land. Seine Durchlaucht beobachtet diese Entwicklung mit Sorge. «Dieser Wegfall ist natürlich mit einem Verlust an journalistischen Beiträgen zur Meinungsbildung in Liechtenstein verbunden», erklärt Erbprinz

Alois. Die Stiftung Zukunft.lit schlägt in ihrer diesjährigen Studie zur Medienlandschaft eine private Stiftung vor, die ein unabhängiges Nachrichtenangebot fördert. Wäre das Staatsoberhaupt dazu bereit, bei diesem Problem als Vermittler aufzutreten? «Das Fürstenhaus kann aufgrund seiner politischen Rolle nicht Träger einer solchen Stiftung sein, im Sinne davon, dass sie diese finanziert. Ich sehe aber durchaus die Möglichkeit, dass man helfen kann, einen solchen Prozess anzustossen oder zur Lösungsfunding beizutragen», erklärt Erbprinz Alois.

In welche Richtung es seiner Meinung nach gehen sollte: Es müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Medien in Liechtenstein tätig sein können. Dafür braucht es zusätzlich zur staatlichen Medienförderung auch die Anschubfinanzierung für neue Unternehmen, wie sie in der jüngsten Revision des Medienförderungsgesetzes aufgenommen wurde.

Neben den klassischen Kanälen werde es auch innovative sowie flexible digitale Angebote brauchen, um einen möglichst grossen Anteil der Bevölkerung zu erreichen. Plänen für den Wiederaufbau eines öffentlich-rechtlichen Mediums steht der Erbprinz skeptisch gegenüber. Er bevorzugt private Lösungen: «Mit staatlichen Organisationen haben wir, nicht nur im Medienbereich, nicht immer unbedingt die besten Erfahrungen gemacht.»

## Vorfreude auf neues Abkommen mit den USA

Als roter Faden durch das Neujahrsinterview zieht sich ein

durch diese auch zusätzliche Rechtssicherheit.

## Unternehmen sind für Krisen gut gerüstet

Die unklare Weltlage macht sich bereits in Liechtensteins Unternehmen bemerkbar. Mit Thyssenkrupp plant der grösste Arbeitgeber des Landes einen deutlichen Stellenabbau: Insgesamt sollen 570 Jobs in Eschen und Oberegg gestrichen werden. «Wir haben vielleicht noch andere Branchen, die unter Druck geraten werden», meint Erbprinz Alois. Doch er sieht den Wirtschaftsstandort Liechtenstein gut aufgestellt, weil dieser «breit diversifiziert» ist. Zudem funktionieren die Finanzmärkte aktuell noch. Dennoch könnte jederzeit «eine KI-Blase platzen» oder andere Überraschungen passieren, weshalb man für Krisen gewappnet sein müsse.

In manchen Fällen braucht es staatliche Unterstützung in Form von Kurzarbeitsentschädigung, Innovationsschecks und anderen Massnahmen. Allzu intensiv sollte von staatlicher Seite jedoch nicht eingegriffen werden, führt der Erbprinz aus: «Die Erfahrung hat gezeigt, dass unsere Unternehmen doch sehr flexibel und im Grossteil gut aufgestellt sind, sodass sie sich rechtzeitig anpassen können.» Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten der Staatskasse begrenzt sind. Die Regierung rechnet für das kommende Jahr mit einem Minus von 81 Millionen Franken. Auch das Fürstenhaus appelliert, behutsam mit den vorhandenen Geldern umzugehen und sowohl laufende als auch bevorstehende Ausgaben sorgsam zu prüfen, um «schlechtere Zeiten» durchzustehen zu können. «Der Staat hat in den vergangenen Jahren zwar gut Reserven angesammelt. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht vorsichtig sein sollten», so Erbprinz Alois. Denn «als kleiner Staat sind wir auch viel anfälliger», was Volatilitäten und Konjunkturschwankungen betrifft.

## Erbprinz zuversichtlich für das Jahr 2026

Mit der Hochzeit seiner Tochter, Prinzessin Marie Caroline, und Leopoldo Maduro Vollmer am 30. August in Vaduz sowie der Teilnahme an der 80. UNO-Generalkonferenz im September in New York blickt Erbprinz Alois auf einige Höhepunkte im Jahr 2025 zurück. Über die Festtage kehrt für eine kurze Zeit Ruhe auf Schloss Vaduz ein, die er im engsten Familienkreis genießen wird. Nach Silvester wird ihn dann vor allem wieder die geopolitische Lage und deren Auswirkungen auf Liechtenstein beschäftigen.

Trotz all der Herausforderungen, die im Neujahrsinterview angesprochen werden, betont das Staatsoberhaupt: «Wir können auf jeden Fall zuversichtlich in die Zukunft schauen.» Im Vergleich zu anderen Ländern befindet sich Liechtenstein «immer noch in einer bneidenswerten Situation». Was daran liege, dass man zwischen zwei «freundlichen und neutralen Nachbarstaaten» eingebettet ist und einen «gut geordneten Staatshaushalt» hat.